

Protokoll

der

5. Sitzung des Gewerkschafts-Ausschusses in Verbindung mit dem Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz

Montag den 22. April 1918

im Unionssaal des Volkshauses in Bern



TRAKTANDEN:

1. Appell.
2. Wahl des Tagesbureaus.
3. Milchpreisfrage.
4. Verschiedenes.

Die Sitzung wird um 10¹/₂ Uhr vom Präsidenten
des Aktionskomitees, Genossen *Grimm*, eröffnet.

1. Appell.

Laut Präsenzliste sind anwesend:

Vertreter der Gewerkschaftsverbände: Buchbinder:
Hochstrasser; Gemeinde- und Staatsarbeiter: Degen;

Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter: Schifferstein; Holzarbeiter: Kopp und Reichmann; Lederarbeiter: Gloor; Lithographen: Greutert; Lokomotivpersonal: Rüeger; Maler und Gipser: Graf; Metall- und Uhrenarbeiter: Gropierre, Heymann, Ilg, Ryser und Schneeberger; Papier- und Hilfsarbeiter im graphischen Gewerbe: Bobst; Rangierpersonal-Verein: Zumbach; Schneider: Markgraf; Stein- und Tonarbeiter: Kolb; Textilarbeiter (Fabrik): Nussbaumer; Heimarbeiter: Eugster-Züst; A. U. S. T.: Patocchi; Typographen: Schlumpf; Weichen- und Bahnwärter: Kaufmann; Zimmerleute: Schrader; Zugspersonal: Grieder und Huggler.

Ferner ist anwesend als Vertreter des *Kartellverbandes der Eisenbahner*: Düby.

Aktionskomitee: Ist ausser dem Genossen Allgöwer vollzählig vertreten, die Mitglieder haben indessen ausser Schneider und Schürch alle spezielle Mandate.

Bundeskomitee: Dürr und Belina, die übrigen Mitglieder haben ebenfalls andere Mandate.

Geschäftsleitung der Partei: Rosa Bloch, Nobs, Platten und Rimathé.

Parteivorstand: Aargau: Müri und Suter; Baselland: Vogel; Basel-Stadt: Jeggli; Bern: Münch; Fribourg: Meuwly; Graubünden: Hitz und Müller; Luzern: Thurnherr; Schwyz: Hagenbüchli; Solothurn: Lienhard Schmid; Thurgau: Höppli; Waadt: Ribl; Zürich: Forster, Lang und Mimiola.

Nationalratsfraktion: Affolter, Conzett, Frei, Graber, Grimm, Naine, Müller. (Uebrige Mitglieder andere Mandate.)

Vertreter der Arbeiterunionen: Basel: Weber; Bern: Zehnder; Pfäffikon: Diggelmann; Schaffhausen: Schöttli; Solothurn: Merz; Winterthur: Marti; Zürich: Wyss.

Zentrales Frauenaktionskomitee: Ryser und Schmid.

Arbeitersekretariat: Greulich.

Arbeiterinnensekretariat: Hüni.

Jugendorganisation: Arnold.

Entschuldigt ist der Vertreter des Kantons Glarus.

2. Wahl des Tagesbureaus.

Das Aktionskomitee wird mit der Leitung der Verhandlungen betraut.

3. Milchpreisfrage.

Grimm referiert über den bisherigen Verlauf der Angelegenheit. Unsere Stellungnahme ist gegeben, wir dürfen nicht davon abgehen, dass der Bund den gesamten Aufschlag zu übernehmen habe. Ein Kompromis ist für uns inakzeptabel, um so mehr als der Bundesrat erklärt hat, dass ein Kompromiss von seinem Standpunkt aus nur dann einen Sinn habe, wenn ihm alle Bevölkerungskreise zustimmen. Wir haben durch die Beschlüsse der Oltener Konferenz zwei Möglichkeiten offen gelassen, die eine Verständigung gestatten: Entweder die Uebernahme des gesamten Milchpreisaufschlages durch den Bund oder aber die Erhöhung der Einkommensgrenzen. Eine dritte Möglichkeit liegt darin, dass wir die sofortige Behandlung des gesamten Wirtschaftsprogramms, wie es an der Berner Konferenz aufgestellt wurde, verlangen und in diesem Zusammenhang die Milchpreisfrage erledigen. Um noch eine weitere Vergleichsbasis zu finden, beantragt das Aktionskomitee, es solle die heutige Konferenz der Fraktion Auftrag erteilen, eine Erhöhung der Einkommensgrenzen um durchschnittlich 60 Fr. pro Person und Monat zu verlangen. Die ganze Frage wird an der heutigen Sitzung der Neutralitätskommission zur Behandlung kommen, die Konferenz sollte bis dahin ihre Beschlüsse fassen.

Nobs findet die Anträge des Aktionskomitees selbstverständlich, die heutige Konferenz ist voreilig einberufen worden.

Grimm verweist darauf, dass nach dem Umfallen Scherrers im Ständerat und nach der Haltung von Mitgliedern der Nationalratsfraktion das Aktionskomitee nicht allein die Verantwortung für die kommenden Ereignisse auf sich nehmen wollte.

Rosa Bloch und *Kopp* wünschen, dass das Programm erweitert werden soll, jetzt ist der günstige Moment dafür vorhanden. Ein lendenlahmer Beschluss, den wir heute fassen, wird niemand imponieren.

Schneider ist der Auffassung, dass die Konferenz nötig war. Die Situation ist eine andere als in Olten. Der vorgeschlagene Kompromiss bedeutet eine Belastung breiter Volksschichten, ohne dass die Einkommensgrenzen erhöht werden sollen.

Bobst begreift das Aktionskomitee, dass es die heutige Konferenz einberufen hat, durch die zu fassenden Beschlüsse soll ein Druck auf den Nationalrat ausgeübt werden. Die Frage ist nur die, ob wir dazu imstande sind. Wenn wir den Kompromiss akzeptieren, nimmt uns die Arbeiterschaft nicht mehr ernst. Wir wollen keine Erweiterung der Einkommensgrenzen, die Bundesversammlung soll den ganzen Aufschlag zu Lasten des Bundes übernehmen oder dann wird der Kampf um *mehr* entbrennen.

Reichmann: Wir sollten uns heute schon klar werden darüber, ob wir in einen Kampf eintreten wollen, wenn den Konsumenten überhaupt eine Belastung aufgehalst wird. Wegen der Milchpreisfrage allein werden wir es nicht tun können, dagegen muss das Programm erweitert werden, um die Arbeiter zum Kampf zu begeistern.

Grimm erklärt namens des Aktionskomitees, dass man sich gefragt habe, ob nicht einfach der Beschluss von Olten zu wiederholen sei. Nun ist heute die Situation eine wesentlich andere als in Olten. Dort waren wir einmütig der Auffassung, dass ein Kampf gewagt werden könne, heute hören wir wieder ganz andere Stimmen. Aus der Westschweiz sind Mitteilungen gekommen, dass man wegen 2 bis 3 Rappen keinen Generalstreik unternehmen werde. Das gleiche wird von den Eisenbahnern mitgeteilt. Da müssen wir eine neue Position beziehen und uns darüber klar werden, was wir eigentlich wollen. Die Vertreter der Verbände sollen sich äussern und an Hand dessen müssen wir unser weiteres Vorgehen bestimmen. Auf alle Fälle

hat es keinen Wert, immer nur mit Generalstreik zu drohen und hinterher doch nichts zu machen

Thurnherr: Wenn die Auffassung besteht, dass sich wegen drei Rappen ein Kampf nicht lohne, dann soll eben die Konferenz entscheiden, was sie für eine Meinung hat.

Weber: Der geplante Aufschlag wird nicht der letzte sein, deshalb muss beizeiten Stellung genommen werden, um auch die künftigen Aufschläge zu verhindern.

Münch: Das Aktionskomitee hat durch sein energisches Auftreten die Sympathien der Arbeiterschaft gewonnen. Die Leute sind entschlossen zu handeln und deshalb sollte nicht von oben gebremst werden.

Hüni ist der Auffassung, dass wir ein anderes System der Staatshilfe verlangen müssen als die Notstandsmassnahmen. Wenn man uns nicht entgegenkommt, so wollen wir die Maifeier verlängern, die Massen sind in Stimmung.

Wyss verweist darauf, dass alle diese Ausführungen nicht die wahre Stimmung der Massen ausdrücken, sondern nur die kleiner Kreise. Die Arbeiter wollen gar nicht den Generalstreik, nur wagt es keiner, die Wahrheit zu sagen, um die Sympathien nicht zu verlieren.

Bloch: Durch die Einsetzung des Aktionskomitees sind die Arbeiter etwas beruhigt worden, wenn sie jetzt aber sehen, dass nichts geschieht, werden aufs neue Unruhen entstehen. Wenn wir wissen, dass wir keine Kraft haben, dann sollen wir das den Arbeitern von vornherein sagen und nicht erst grosse Aufrufe erlassen.

Frei ist der Meinung, dass wir in der Bundesversammlung versuchen sollen, durch den Kompromiss soviel als möglich herauszuholen, selbstverständlich unter Wahrung des prinzipiellen Standpunktes. Die Parteipresse soll etwas vorsichtiger sein und nicht immer mit grossen Worten drohen.

Ilg präzisiert den Standpunkt der Metallarbeiter in der Frage des Generalstreiks. Im Falle der Weiterfüh-

rung der Aktion liegt das Schwergewicht bei den Eisenbahnern, wenn sie mitmachen, dann sind wir auch dabei. Er beantragt, das Aktionskomitee solle direkt mit dem Bundesrat in Unterhandlungen treten.

Dürr bedauert es, dass heute die Frage des Generalstreiks besprochen worden sei, weil dies zweifelsohne einen ungünstigen Einfluss auf die weiteren Verhandlungen in der Bundesversammlung ausüben werde. Die Aussichten für einen Streik sind nicht günstige. Der Vorschlag Ilg ist unannehmbar, weil wir dem Bundesrat nicht noch eine Reverenz erweisen wollen.

Schmid spricht für Annahme des Antrages des Aktionskomitees. Mit dem Generalstreik wird die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft nicht verbessert, neue Aufschläge werden folgen. Auch die Bürgerlichen sind heute auf einen Streik vorbereitet und werden nicht ruhig zusehen. Aussperrungen und Repressalien werden die Folge des Streikes sein. Die Arbeiterschaft wird in noch grösseres Elend geraten. Man muss alle Konsequenzen bis zu Ende durchdenken, ehe ein Kampf begonnen wird.

Lang: Wir müssen das Kampfobjekt mit dem Kraftaufwand vergleichen, den es erfordert. Die Erbitterung ist begreiflich, doch ist deshalb Vorsicht mehr am Platze als je, weil beim Ausbruch einer Bewegung in einem Ort diese sofort auf das ganze Land übergreifen wird. Wir gewinnen die Massen zu einer Aktion, ob diese aber ruhig verlaufen wird, ist eine zweite Frage. Wir dürfen nicht nur politisch denken, sondern auch psychologisch, wenn immer grosse Worte gemacht werden, verlangen die Massen, was ihnen versprochen wurde und daher rührt dann auch das Misstrauen, weil die Erfolge mit den Worten nicht übereinstimmen.

Schneider bezeichnet den Antrag des Aktionskomitees als einen Kompromiss. Es geht nicht nur um die drei Rappen Aufschlag, sondern um den ganzen Rattenkönig, der noch weiter folgen wird. Entweder ziehen wir die Konsequenzen aus unseren bisherigen Worten oder unsere ganze Politik ist falsch, dann aber verlieren wir die Achtung der Massen.

Düby gibt einen Ueberblick über die Situation bei den Eisenbahnern, die sich bekanntlich an ihrer Kartellsitzung für den Generalstreik aussprachen. Nun ist in den eigenen Reihen ein heftiger Kampf zwischen den beiden Richtungen entbrannt und es sind namentlich die Welschen, die gegen die gefasste Resolution mobil machen. Wir stehen vor der Tatsache, dass bei einer Aktion grosse Teile der Eisenbahnerschaft nicht mitmachen würden. Die Ursache dafür liegt darin, dass die Entwicklung des Solidaritätsgefühls zu der übrigen Arbeiterschaft nicht in dem Mass entwickelt ist, wie es sein sollte.

Platten: Solange Schulthess erklären kann, es sei der Arbeiterschaft ja doch nicht Ernst mit dem Generalstreik, so lange werden wir auch keine Erfolge erreichen können. Man nimmt uns nicht mehr ernst, weder von seiten der Behörden, noch von seiten der Arbeiter. Er solidarisiert sich mit Schneider, falls die Konferenz nicht klare Beschlüsse fasst. Der Oltener Beschluss soll aufrechterhalten werden; kommt man uns nicht entgegen, dann sollen die Arbeiter selbst entscheiden, was sie wollen und deshalb beantragt er die Einberufung eines allgemeinen Partei- und Gewerkschaftskongresses.

Schifferstein: Nicht die Führer, sondern die Arbeiter haben versagt. Das sehen wir am besten an der schwachen Beteiligung bei der Abstimmung in den Verbänden.

Grimm bespricht die Aussichten des Streiks. Heute schimpft man auf das Aktionskomitee. Hätte es die Streikparole ausgegeben und die Bewegung wäre misslungen, so würde man ebenso schimpfen. Wenn der Bundesrat die Gewissheit hätte, dass es uns Ernst ist, dann brauchten wir gar keinen Streik und es würde auch so eingelenkt. Aber dann darf nicht eine derartige Stimmung herrschen wie heute, wo man froh ist, nichts machen zu müssen. Es ist nicht wahr, wenn Schneider behauptet, die Politik des Aktionskomitees habe Bankrott erlitten, denn sonst müssen wir von einem Bankrott der gesamten Arbeiterbewegung sprechen. Noch nie wurden so viele Aktionen unternommen wie jetzt.

Wir haben die Verantwortung, es den Massen zu sagen, wenn wir zu schwach sind. Mit dem Davonlaufen erreichen wir gar nichts. Wenn wir energisch vorgehen, werden wir auch heute noch Konzessionen herausholen können.

Damit ist die Diskussion geschlossen. Einstimmig wird folgender Antrag des Aktionskomitees angenommen:

«Die Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschaften und der Verbände des eidgenössischen Personals nimmt Kenntnis von dem im Ständerat zustande gekommenen Kompromiss in der Milchpreisfrage. Die Konferenz hält ihren mehrfach bekanntgegebenen Standpunkt in vollem Umfange aufrecht. Der vom 1. Mai an zu bezahlende Milchpreis ist vom Staate zu übernehmen, sei es auf dem Wege der Beibehaltung des bisherigen Konsummilchpreises oder durch eine wesentliche Erhöhung der für die Notstandsberechtigten massgebenden Einkommensgrenzen. Die sozialdemokratische Fraktion der Bundesversammlung wird beauftragt, in diesem Sinne im Nationalrat Antrag zu stellen. Je nach der Beschlussfassung der eidgenössischen Räte wird eine weitere Konferenz das sich aus der Lage ergebende Vorgehen bestimmen.»

Ein Antrag *Kopp*, der die Einleitung des Landesstreiks fordert, wird mit 27 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag *Platten*, der den Wunsch ausspricht, es möchte ein allgemeiner Partei- und Gewerkschaftskongress einberufen werden, mit 31 gegen 8 Stimmen angenommen.

Schluss der Sitzung um 2 Uhr.

Der Präsident:

Grimm.

Der Sekretär:

Belina.
